

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Gang der Darstellung	3
Erster Teil: Relevanz der Stiftungsinsolvenz	5
A. Stiftung als krisenfeste Rechtsform	5
I. Krisenfestigkeit aufgrund ihrer Vermögensverfassung	6
II. Schutz durch Kontrolle	20
III. Zusammenfassung	28
B. Vermögensverfall und Insolvenz trotz krisenfester Struktur	29
I. Faktoren außerhalb des unmittelbaren Wirkungskreises der Aufsicht	29
II. Faktoren innerhalb des unmittelbaren Wirkungskreises der Aufsicht	46
III. Ergebnis	67
Zweiter Teil: Probleme der Stiftungsinsolvenz	69
A. Stiftungsvermögen als Gegenstand des Insolvenzverfahrens	69
I. Eröffnungsgründe	70
II. Folgen der Verfahrenseröffnung für die Stiftung als juristische Person	82
III. Folgen der Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse für die Stiftung als juristische Person	100
IV. Stiftungsvermögen als Insolvenzmasse	110
V. Insolvenzgläubiger	117
VI. Ergebnis	128
B. Gemeinnütziger Stiftungszweck und Gläubigerbefriedigung	131
I. Insolvenzbefindliche Einwirkung auf den Zweck eines mitgliedschaftlich organisierten Verbands	131
II. Stiftungszweck als Gegenstand der insolvenzbedingten Einwirkung	133
III. Zweck des Insolvenzverfahrens	146

IV. Verhältnis zwischen Stiftungszweck und Zweck des Insolvenzverfahrens	155
V. Verhältnis zwischen Stiftungsaufsicht und Insolvenzverwalter	160
VI. Verhältnis zwischen Stiftungsvorstand, Sachwalter und Stiftungsaufsicht in der Eigenverwaltung	169
VII. Gläubigerautonomie in der Stiftungsinsolvenz	175
VIII. Auswirkungen auf den gemeinnützigkeitsrechtlichen Status	183
IX. Ergebnis	191
C. Besondere Pflichten der Stiftungsorgane und -beteiligten in Krise und Insolvenz	195
I. Besondere Probleme bei der Insolvenzantragstellung	195
II. Besondere Probleme der Vorstandshaftung in der Krise und Insolvenz	204
III. Ergebnis und Änderungsvorschläge	215
Zusammenfassung der Ergebnisse	217
A. Schutz der Zweckverwirklichung als mittelbarer Schutz vor Krise und Insolvenz	217
B. Ursachen des Vermögensverfalls und daraus folgende Konsequenzen für die Satzungsgestaltung	218
C. Stiftungsvermögen als Gegenstand des Insolvenzverfahrens	219
D. Überlagerung des gemeinnützigen Stiftungszwecks durch den Zweck des Insolvenzverfahrens	221
E. Änderungsvorschläge hinsichtlich der Regelungen betreffend die Insolvenzantragstellung und die Vorstandshaftung	222
Literaturverzeichnis	225

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Gang der Darstellung	3
Erster Teil: Relevanz der Stiftungsinsolvenz	5
A. Stiftung als krisenfeste Rechtsform	5
I. Krisenfestigkeit aufgrund ihrer Vermögensverfassung	6
1. Telos der stiftungsrechtlichen Vermögensverfassung	6
2. Grundsatz der Vermögenstrennung	7
a. Abschottung des Grundstockvermögens	7
b. Zweckverfolgung ausschließlich durch die Verwendung der Erträge	8
c. Möglichkeit von Zustiftungen und Spenden	9
d. Steuerung der Verbindlichkeiten	10
3. Grundsatz der Vermögenserhaltung	12
a. Rechtsgrundlagen	12
aa. Bundesrechtliche Regelungen	13
bb. Landesrechtliche Regelungen	13
b. Verschiedene Interpretationen	14
c. Folgerungen für den Ausnahmecharakter der Stiftungsinsolvenz	16
4. Einsatz des Grundstockvermögens	17
a. Kapitalstiftung	18
b. Anstaltsstiftung	19
II. Schutz durch Kontrolle	20
1. Staatliche Aufsicht	20
a. Schutzbedürftigkeit	21
b. Wesentliche Maßnahmen	23
aa. Anerkennung der Stiftung	23
bb. Laufende Kontrolle	24
cc. Zweckänderung, Aufhebung, Zusammenlegung	25
2. Stiftungsinterne Kontrolle	26
III. Zusammenfassung	28

B. Vermögensverfall und Insolvenz trotz krisenfester Struktur	29
I. Faktoren außerhalb des unmittelbaren Wirkungskreises der Aufsicht	29
1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	30
2. Mangelnde Professionalisierung in der Vermögensverwaltung ..	31
3. Insolvenz eines verbundenen Unternehmens	33
a. Begriff der unternehmensverbundenen Stiftung.....	33
b. Bindung als Risiko	34
c. Sonstige rechtsgeschäftliche Beziehungen.....	35
4. Insolvenz des Stifters oder Zustifters	35
a. Besondere Insolvenzanfechtung und Absichtsanfechtung ..	36
b. Anfechtung unentgeltlicher Leistungen	37
aa. Bedenken in Bezug auf die Stiftungserrichtung	38
bb. Stellungnahme	38
(1) Unentgeltliche Leistung.....	38
(2) Stiftungsautonomie	40
(3) Ergebnis.....	41
5. Erbrechtliche Ansprüche	42
6. Statutarische Besonderheiten	44
7. Versagung von Anerkennungen und Genehmigungen anderer Stellen	45
II. Faktoren innerhalb des unmittelbaren Wirkungskreises der Aufsicht.	46
1. Aufsichtliches Fehlverhalten.....	46
2. Anerkennungspraxis.....	48
3. Rechtsaufsicht und unternehmerische Entscheidungen.....	50
4. Schwächen der Buchführung und Rechnungslegung	52
a. Fehlen einer angemessenen bundeseinheitlichen Regelung	53
b. Adressatenvielfalt und Gestaltungsspielräume.....	55
c. Defizite aufsichtlicher Rechnungsprüfung	56
5. Verhinderung der Insolvenz durch eine Maßnahme nach § 87 BGB?.....	57
a. Aufhebung und mögliche Zusammenlegung.....	58
aa. Einstellung der Zweckerfüllung	58
bb. Minimale Zweckerfüllung	60
b. Umwandlung in eine Verbrauchsstiftung.....	61
aa. Abgrenzung der Umwandlungskonstellationen.....	62
bb. Umwandlung bei „gescheitertem Lebensfähigkeitskonzept“?.....	65
III. Ergebnis	67

Zweiter Teil: Probleme der Stiftungsinsolvenz 69**A. Stiftungsvermögen als Gegenstand des Insolvenzverfahrens..... 69**

I.	Eröffnungsgründe	70
1.	Zahlungsunfähigkeit.....	70
a.	Vermögenstrennung	70
b.	Liquidierbarkeit des Grundstockvermögens.....	72
2.	Drohende Zahlungsunfähigkeit	74
3.	Überschuldung	76
a.	Anwendbarkeit der Fortführungsprognose.....	77
b.	Voraussetzungen einer positiven Fortführungsprognose.....	79
aa.	Subjektiver Fortführungswille.....	80
bb.	Objektive Fortführbarkeit.....	80
II.	Folgen der Verfahrenseröffnung für die Stiftung als juristische Person.....	82
1.	Einführung in die Problematik	82
2.	Bedeutung der „Auflösung“ nach §§ 86 S. 1, 42 Abs. 1 S. 1 BGB.....	84
a.	Auflösung und Erlöschen im Gesellschaftsrecht.....	84
b.	Übertragung der gesellschaftsrechtlichen Grundsätze auf die Stiftung	85
3.	Rechtsfähigkeit der Insolvenzstiftung	87
a.	Fiktion im Vereinsrecht.....	87
b.	Ablehnung der „ultra-vires-Lehre“	88
c.	Voraussetzungen für den Wegfall der Existenz der Stiftung.....	90
4.	Fortsetzung der Stiftung nach §§ 86 S. 1, 42 Abs. 1 S. 3 BGB... 92	
a.	Fortsetzung des Vereins als nicht rechtsfähiger Verein	92
b.	Fortsetzung der Stiftung als unselbstständige Stiftung?	95
aa.	Grundzüge der unselbstständigen Stiftung	96
bb.	Überwindung konzeptioneller Unterschiede	97
cc.	Anforderungen an die Satzung	99
dd.	Ergebnis.....	100
III.	Folgen der Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse für die Stiftung als juristische Person.....	100
1.	Rechtsfähigkeit und Status.....	101
2.	Fortsetzung der Stiftung.....	102
a.	Fortsetzungskonstellationen des § 42 Abs. 1 S. 2 BGB	102
b.	Reaktivierung durch Zustiftung?.....	103

aa. Parallele zur Fortsetzung der aufgelösten GmbH.....	104
bb. Fortsetzung der Stiftung wegen nachhaltiger Beseitigung des Eröffnungsgrundes	106
cc. Transparenz	108
dd. Ergebnis.....	109
IV. Stiftungsvermögen als Insolvenzmasse.....	110
1. Anfechtung der Leistungen an die Destinatäre	110
a. Möglichkeit der Anfechtung nach § 134 InsO	111
b. Wegfall der Bereicherung am Beispiel eines Stipendiums.....	112
2. Ansprüche gegen Stifter und Zustifter	114
V. Insolvenzgläubiger	117
1. Gläubigerstellung der Destinatäre.....	117
a. Ansprüche auf Teilhabe	117
b. Entgeltliche Verträge.....	118
c. Fördervereinbarungen insbesondere bei einer Stiftungsprofessur	119
2. Rückgewähr von Darlehen.....	121
a. Problemaufriss und Streitstand.....	121
b. Rechtsformneutrale Ausgestaltung des Rangrücktritts.....	122
c. Zweck des Regelungskonzepts.....	123
aa. Meinungsstand	124
bb. Stellungnahme.....	125
d. Übertragbarkeit des Regelungskonzepts auf die Stiftung?	127
VI. Ergebnis	128
B. Gemeinnütziger Stiftungszweck und Gläubigerbefriedigung.....	131
I. Insolvenzbedingte Einwirkung auf den Zweck eines mitgliedschaftlich organisierten Verbands.....	131
II. Stiftungszweck als Gegenstand der insolvenzbedingten Einwirkung.....	133
1. Bestimmung und Abgrenzung des Stiftungszwecks	134
a. Stifterwille als Bezugspunkt.....	134
b. Abgrenzung von den Motiven des Stifters	135
c. Abgrenzung vom Stiftungsgegenstand.....	136
aa. Zweck und Gegenstand im Verbandsrecht.....	136
(1) Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Zweck und Gegenstand	136
(2) Verhältnis von Zweck und Gegenstand.....	137
bb. Übertragung auf die Stiftung.....	139

2.	Bedeutung des Stiftungszwecks	141
a.	Funktion	142
b.	Verfassungsrechtliche Dimension	143
c.	Dauerhaftigkeit	144
III.	Zweck des Insolvenzverfahrens	146
1.	Zweck als Beweggrund des Gesetzgebers	146
2.	Zielsetzung in § 1 InsO	147
a.	Gemeinschaftliche Gläubigerbefriedigung	148
b.	Instrumente der Haftungsverwirklichung	150
c.	Unabhängigkeit des Insolvenzverfahrens	152
d.	Marktkonformität	154
IV.	Verhältnis zwischen Stiftungszweck und Zweck des Insolvenzverfahrens	155
1.	Vorrang des Verfahrenszwecks	155
2.	Insolvenzstiftung als Selbstzweckstiftung?	156
3.	Verfassungsrechtliche Grenzen	157
4.	Rechtsformbildender Charakter des konkreten Stiftungszwecks	158
5.	Ergebnis	160
V.	Verhältnis zwischen Stiftungsaufsicht und Insolvenzverwalter	160
1.	Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	161
2.	Insolvenzfrier Bereich	161
3.	Gemeinschuldnerbereich	163
4.	Verdrängungsbereich	164
a.	Aufsichtliche Zustimmungsvorbehalte als öffentlich-rechtliche Last?	165
b.	Unabhängige Stellung des Insolvenzverwalters	166
c.	Verteilung des Restvermögens	167
5.	Ergebnis	168
VI.	Verhältnis zwischen Stiftungsvorstand, Sachwalter und Stiftungsaufsicht in der Eigenverwaltung	169
1.	Anwendbarkeit und Eignung der Eigenverwaltung	170
2.	Kompetenzgefüge in der Eigenverwaltung	171
a.	Begrenzung der Stiftungsaufsicht durch § 276a S. 1 InsO?	171
b.	Keine Stiftungsaufsicht über den Schuldner als Amtswalter	173
3.	Ergebnis	175

VII. Gläubigerautonomie in der Stiftungsinsolvenz	175
1. Willensbildende Gläubigergremien als Fremdkörper?	176
2. Wirtschaftliche Regenerationsmöglichkeiten	177
3. Sanierungsvarianten	178
a. Erhaltende Sanierung durch Zustiftung?	178
b. Übertragende Sanierung durch Zulegung?	179
VIII. Auswirkungen auf den gemeinnützigkeitsrechtlichen Status	183
1. Einstellung der gemeinnützigen Tätigkeit vor oder unmittelbar nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	184
a. Wegfall der Steuerprivilegien nach der Rechtsprechung des BFH	184
b. Kritik im Schrifttum	186
c. Stellungnahme	187
2. Weiterverfolgung der gemeinnützigen Tätigkeit	189
IX. Ergebnis	191

C. Besondere Pflichten der Stiftungsorgane und -beteiligten in Krise und Insolvenz

I. Besondere Probleme bei der Insolvenzantragstellung	195
1. Insolvenzantragsfrist	196
2. Rolle der Aufsicht bei der Insolvenzantragstellung	199
3. Bestimmung des zuständigen Insolvenzgerichts durch die Gläubiger	203
II. Besondere Probleme der Vorstandshaftung in der Krise und Insolvenz	204
1. Grundzüge der Vorstandshaftung	204
2. Unterrichtungspflichten bei Anzeichen einer Krise	206
3. Analoge Anwendung des Zahlungsverbots?	208
4. Insolvenzverursachungshaftung	212
5. Begrenzung der insolvenzbezogenen Haftung durch § 31a BGB ?	213
a. Gläubigerschützende Haftungstatbestände	214
b. Stiftungsschützende Haftungstatbestände	215
III. Ergebnis und Änderungsvorschläge	215

Zusammenfassung der Ergebnisse	217
A. Schutz der Zweckverwirklichung als mittelbarer Schutz vor Krise und Insolvenz	217
B. Ursachen des Vermögensverfalls und daraus folgende Konsequenzen für die Satzungsgestaltung.....	218
C. Stiftungsvermögen als Gegenstand des Insolvenzverfahrens.....	219
D. Überlagerung des gemeinnützigen Stiftungszwecks durch den Zweck des Insolvenzverfahrens	221
E. Änderungsvorschläge hinsichtlich der Regelungen betreffend die Insolvenzantragstellung und die Vorstandshaftung	222
Literaturverzeichnis	225